



Archiv » 2008 » 25. August » Wirtschaft

Textarchiv

"Ein geradezu staatsfeindliches Klima"

Wirtschaftsweiser Peter Bofinger über Populismus, Konjunkturprogramme und höhere Steuern

Stephan Kaufmann

Herr Professor Bofinger, die deutsche Konjunktur stürzt ab. Nun ertönt die Forderung, der Staat müsse etwas gegen die Misere tun. Muss er?

Man sollte auf jeden Fall vorbereitet sein, falls sich die Zahlen noch verschlechtern. Und das ist durchaus möglich, da braut sich in Europa etwas zusammen.

Wirtschaftsminister Michael Glos wirbt für eine Senkung der Einkommensteuer von rund zehn Milliarden Euro. Eine gute Idee?

Das Volumen von zehn Milliarden Euro ist in Ordnung. Nur würde ich die Konjunktur nicht über eine dauerhafte Senkung der Einkommensteuer stärken.

Wo liegt das Problem?

Weil man dabei riesige Streuverluste hat. Es profitieren auch Menschen mit hohem Einkommen, und für die ist die Steuerbelastung im historischen Vergleich ohnehin schon sehr gering, die müssen nicht weiter entlastet werden. Bei Gutverdienern führt eine Steuersenkung außerdem eher zu vermehrtem Sparen als zu mehr Konsum, und das hilft der Konjunktur nicht. Besser wären Steuerschecks, mit denen der Staat einmalig Geld an die Bürger zurückgibt.

Was wäre der Vorteil?

Gibt man den Menschen Geld über Steuerschecks, so wirkt dies sehr schnell und stimuliert die Nachfrage auch bei den Geringverdienern. Diese gehen bei einer Steuersenkung leer aus. Außerdem kommt es bei der Finanzierung über Steuerschecks nur zu einem einmaligen Einnahmeverlust des Staates. Bei einer dauerhaften Senkung der Einkommensteuer fehlen dem Finanzminister jedes Jahr zehn Milliarden.

Eine kurzfristige Stimulierung der privaten Nachfrage über Steuerschecks könnte sich aber als Strohfeuer erweisen, das schnell wieder erlischt

Nun, auch ein Strohfeuer brennt, und wenn es zur richtigen Zeit entzündet wird, kann es ein größeres Feuer entfachen. Das Frühjahr 2009 wäre der richtige Zeitpunkt für Steuerschecks, denn dann werden viele Menschen mit hohen Nachzahlungen für die Energierechnung konfrontiert. Wenn bis dahin noch der Ölpreis sinkt und dadurch die Kaufkraft steigt, so könnte eine deutlichere Wachstumsschwäche vielleicht vermieden werden. Wenn man die Menschen aber dauerhaft entlasten will, dann sollte man nicht bei den Steuern ansetzen, sondern bei den hohen Sozialabgaben. Die sollten sinken.

Aber dann fehlt den Sozialkassen Geld, und sie müssen ihre Leistungen kürzen.

Nicht unbedingt. Bei der Rentenversicherung könnte man zum Beispiel die Arbeitgeberbeiträge konstant halten, nur die Arbeitnehmerbeiträge senken und dies durch einen Bundeszuschuss ausgleichen. So hätten Lohn- und Gehaltsempfänger mehr netto. Bei einer Steuersenkung hingegen werden auch Leute entlastet wie ich, die keine Sozialabgaben bezahlen.

Zur Stärkung des Wachstums hat der Bundesverband der deutschen Industrie eine andere Idee: Der Verband fordert eine Strategie, in deren Zentrum "Bildung, Forschung, Innovation und Infrastruktur" stehen sollen.

Das sehe ich auch so. Grundsätzlich müssen wir in Deutschland uns Gedanken darüber machen, dass wir die zweitniedrigsten Infrastruktur-Investitionen unter den 27 EU-Mitgliedstaaten haben. Auch bei der Bildung hapert es: Pro Schüler und Student wird weit weniger Geld ausgegeben als im Durchschnitt aller Industrieländer. Die Folgen

spüren wir schon jetzt am Facharbeiter- und Ingenieursmangel, langfristig gefährdet das die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes. Und wenn der Rückstand erst einmal ins allgemeine Bewusstsein gedrungen ist, dann kann es schon zu spät sein und der Rückstand kann nicht mehr aufgeholt werden.

Aber alle Parteien haben sich Investitionen auf die Fahnen geschrieben, vor allem in Bildung. Woher kommt der Rückstand?

Das ist ein langfristiger Trend. Im letzten Jahrzehnt hat der deutsche Staat beispiellose Einschnitte in seinen finanziellen Ressourcen erlitten. Zwischen 2000 und 2008 ist die Staatsquote - also das Verhältnis von Staatsausgaben zur Wirtschaftsleistung - von 47,6 auf 43,5 Prozent gesunken. Das entspricht so etwa 100 Milliarden Euro weniger Ausgaben. Dem Staat fehlt vor allem Geld wegen der umfangreichen Steuersenkungen: Die öffentliche Einnahmequote - also das Verhältnis von Staatseinnahmen zu Wirtschaftsleistung - ist von 46,4 auf 43,3 Prozent gesunken. Da sind dem Staat etwa 75 Milliarden Euro im Jahr verloren gegangen.

Aber es gab die Mehrwertsteuererhöhung ...

... die aber durch Senkung der Sozialabgaben voll kompensiert wurde. Per Saldo erhielt der Staat nicht mehr Geld. Ergebnis: Seit Ende der neunziger Jahre sind die öffentlichen Einnahmen wie auch die Ausgaben in Deutschland unter den Durchschnitt der EU gefallen, trotz der großen Belastungen durch die deutsche Einheit. Diese Schrumpfkur ist ein rein deutsches Phänomen, in anderen Ländern sind Einnahmen und Ausgaben relativ stabil geblieben. Hier zu Lande aber herrscht ein geradezu staatsfeindliches Klima.

Was heißt das?

Der Staat wird oft als Feind der Bürger dargestellt. Es wird der Eindruck erweckt, als verschwänden die Steuergelder im Rachen eines Monsters. Dabei wird übersehen, dass mit Steuergeldern Straßen erneuert, Theater bezuschusst oder Schulen gebaut werden. Steuergelder sind nicht vernichtet, sondern fließen an die Bürger zurück. Viele Politiker jedoch machen den Menschen populistische Steuersenkungs-Versprechen und sagen damit indirekt: Wir brauchen das Geld nicht.

Ist das ein Plädoyer für Steuererhöhungen?

Sagen wir so: Wenn man Defizite im Bildungsbereich beklagt, dann muss man ehrlich sein und sich klar machen: Die behebt man nur mit mehr Geld und nicht mit Abgabensenkungen. Und wer große Infrastrukturprojekte will, der kann nicht gleichzeitig Steuersenkung fordern. Beides gleichzeitig geht eben nicht. Da muss man sich überlegen, was wichtiger ist und schauen, welche Steuern vielleicht erhöht werden können. Bei Steuern, die auf Vermögen erhoben werden - Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer, Grundsteuer - nimmt Deutschland im internationalen Vergleich zum Beispiel sehr wenig Geld ein.

Interview: Stephan Kaufmann

Zur Person

Foto: Peter Bofinger (53) lehrt Volkswirtschaft und ist seit 2004 Mitglied des Wirtschafts-Sachverständigenrates der Bundesregierung - den "Fünf Wirtschaftsweisen".

Foto: Einkaufen für die Konjunktur: Steuerschecks könnten den privaten Konsum in Deutschland fördern.

[IMPRESSUM](#) [KONTAKT](#) [AGB](#) [MEDIADATEN](#)

